# ANTRAG

*Gremium:* *Landeskongress Wien*

*Beschlussdatum:* *08.03.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit*

## A1NEU: Wien 2030: jung, frei, zukunftsfit (JUNOS Wahlprogramm 2025)

### Antragstext

Wien ist eine der lebenswertesten Städte der Welt – aber Stillstand ist der größte Feind dieser Lebensqualität. Wir JUNOS haben eine Vision für ein Wien, das nicht nur bleibt, was es ist, sondern noch besser wird: dynamischer, innovativer, gerechter und freier. Ein Wien, das Chancen schafft, statt Hürden aufzubauen. Ein Wien, das Rahmenbedingungen setzt, statt selbst einzugreifen. Ein Wien, das junge Menschen befähigt, statt sie zu bevormunden.

Dafür braucht es Mut zur Veränderung. In der Wirtschaft setzen wir auf Freiheit und Wettbewerb, weil wir überzeugt sind, dass kreative Ideen und unternehmerische Initiative der Motor für Fortschritt und Wohlstand sind. Insbesondere wollen wir Lohnnebenkosten senken, weil Arbeit und Unternehmertum nicht bestraft, sondern gefördert werden müssen. Statt einem undurchsichtigen Förderdschungel setzen wir auf weniger Förderungen und mehr Freiraum – denn Unternehmer:innen wissen selbst am besten, was sie brauchen.

Wir glauben an eine schlanke, effiziente Stadtverwaltung, die den Menschen dient, statt Bürokratie aufzublähen. Überflüssige Posten und verfrühte Pensionierungen müssen abgeschafft werden, damit Steuergeld sinnvoll eingesetzt wird. Transparenz und Sachlichkeit statt teurer Inseratenpolitik – das ist unser Anspruch.

Ein modernes Wien muss auch eine smarte Stadt sein, die in Bildung und Chancengerechtigkeit investiert. Mit einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr und altershomogenen Klassen in Mittelschulen und Gymnasien schaffen wir die Basis für gerechte Bildungschancen. Digitale Bildung und Unternehmerführerscheine rüsten Kinder und Jugendliche für die Herausforderungen

und Möglichkeiten der Zukunft.

Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wir setzen auf gezielte Maßnahmen statt Massenüberwachung, auf Aufklärung statt Angstpolitik. Mit mehr Streetworker:innen, Jugendzentren und faktenbasierten Drogenworkshops schaffen wir ein unterstützendes Umfeld für junge Menschen.

Ein Wien der Zukunft ist ein Wien der Chancen – für alle. Deshalb brauchen wir eine bedarfsorientierte Sozialhilfe, die Anreize zur Arbeit setzt und sicherstellt, dass Unterstützung dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird. Gleichzeitig setzen wir uns für eine gerechte Verteilung von Geflüchteten ein und für eine gezielte Arbeitsmigration, die Fachkräfte nach Wien bringt und unser Wirtschaftswachstum stärkt.

Wien braucht mutige und zukunftsorientierte Maßnahmen im Klimaschutz: den Ausbau der Geothermie und Fernkältenetze, steuerliche Vorteile für energieeffizientes Bauen und klimaneutrale Sanierungen, sowie die Begrünung und Nutzung erneuerbarer Energie auf öffentlichen Gebäuden. Grüne Lösungen wie Schwammstadtprinzip, hitzeresistente Pflanzen und Baumnachpflanzungen verbessern das Stadtklima und schützen vor den Folgen der Klimakrise.

Wien kann mehr. Als liberale Jugendorganisation wollen wir, dass diese Stadt ihr volles Potenzial entfaltet, Chancen ermöglicht und Freiheit lebt.

## Wien als attraktiver Wirtschaftsstandort

**Rahmen schaffen, nicht selbst wirtschaften:** Die Wiener Stadtregierung muss die Rahmenbedingungen für die Wiener Wirtschaft schaffen, sie ist aber nicht die bessere Unternehmerin. Die Stadt Wien muss sich systematisch aus den Bereichen zurückziehen, wo ihr Eingreifen (bspw. aufgrund von Marktversagen) nicht strikt notwendig ist. Es ist beispielsweise nicht zu verstehen, warum die Stadt Wien Mehl herstellt oder am Cobenzl ein Weingut betreibt [1, 2].

**Senkung der Lohnnebenkosten auf Landesebene:** Die Stadt Wien hat über die letzten Jahrzehnte laufend die Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen erhöht. Die Wiener Dienstgeberabgabe (aka „U-Bahnsteuer“) ist nur ein Beispiel für Lohnnebenkosten auf Landesebene [3]. Auch wenn die einzelnen Abgaben pro Mitarbeiter:in oft klein sind, ergeben sich aus Sicht von Unternehmer:innen über alle Beschäftigten hinweg nennenswerte Beträge. Wir fordern daher eine schrittweise Senkung der Lohnnebenkosten auf Landesebene. Insbesondere sollen

zunächst die Abgaben gesenkt werden, von denen nur ein Bruchteil dem ursprünglichen Zweck der Abgabe zufließt. In weiterer Folge sollen diese Abgaben abgeschafft werden.

**Weniger fördern und dafür weniger fordern:** In Wien gibt es ein Dickicht an Förderungen für Unternehmer:innen. Wir fordern, dass die Stadt Wien mehr Transparenz schafft, wann wer wo gefördert werden kann. Außerdem müssen Förderungen auf ihren Netto-Nutzen überprüft werden: Unternehmer:innen ist nicht viel geholfen, wenn für 100 € an zusätzlicher Fördersumme 80€ zusätzliche Abgaben anfallen. Unternehmer:innen wissen selbst am besten, wie sie ihr Geld einsetzen. Anstatt zusätzliche Geldgeschenke zu verteilen soll die Stadt Wien die Abgaben für Unternehmen reduzieren.

**Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten:** Wir halten staatlich verordnete Öffnungszeiten für verfehlt. Für Arbeitnehmer:innenschutz wird mit einer Begrenzung der Arbeitszeit gesorgt – Öffnungszeitbeschränkungen sind hier nicht nur überflüssig, sondern schränken sowohl die Freiheit von Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeber:innen und Konsument:innen unverhältnismäßig ein. Selbst wenn die allgemeinen Öffnungszeiten Bundesmaterie sind, ist die Stadt Wien in der Pflicht. Sie hat es in der Hand, mit der Schaffung von sogenannten Tourismuszonen die Öffnungszeiten an die Nachfrage anzupassen. Wir fordern, dass mittelfristig ganz Wien zur Tourismuszone mit erlaubten Sonntagsöffnungen wird.

**Mehr Wettbewerb im Stadtverkehr:** Es gilt, zwischen dem Erhalt und der Entwicklung von Infrastruktur und ihrer Nutzung zu privatwirtschaftlichen Zwecken zu unterscheiden. So sollten die Wiener Linien in eine Infrastruktur-GmbH umgewandelt werden – die Betreibung von nicht schienengebundenen Linien sollte jedoch in regelmäßigen Abständen neu ausgeschrieben werden. Der/die Kund:in kann weiterhin die gewohnten Tickets erwerben (bspw. Jahreskarte), die Stadt beauftragt aber private Unternehmen, die einzelnen Linien zu betreiben. Dadurch kann mehr Wettbewerb in den öffentlichen Verkehr gebracht werden.

**„Sunset Clause“:** Die staatliche Regulierungswut gibt Unternehmer:innen immer weniger Freiraum. Staatliche Eingriffe in die freie Marktwirtschaft sollten deshalb mit einem Ablaufdatum versehen werden, um so sicherzustellen, dass Gesetze in regelmäßigen Abständen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

## Wien als schlanke Stadt

**Verfrühte Pensionierung von Beamt:innen abschaffen:** Es ist nicht einzusehen, warum Stadtbedienstete systematisch früher in Pension gehen dürfen als ihre

Kolleg:innen in der Privatwirtschaft [4]. Wir fordern ein Ende der verfrühten Pensionierung von Bediensteten der Stadt Wien, mit Ausnahmen für medizinische Härtefälle.

**Überflüssige Posten abschaffen:** Eine gut funktionierende Stadt braucht eine gut funktionierende Verwaltung. Die Stadt Wien ist aber keine Arbeitsplatzbeschafferin. Wir fordern insbesondere die Abschaffung der Bezirksvorsteher-Stellvertreter:innen und der nicht-amtsführenden Stadträt:innen, da diese die Stadtverwaltung unnötig aufblähen und einen verhältnismäßig geringen Mehrwert für die Steuerzahler stiften. Zudem fordern wir eine verringerte Anzahl an Bezirksräten und eine Zusammenlegung der Bezirksvertretungen.

Der Wiener Gemeinderat und Landtag ist mit 100 Abgeordneten der mit Abstand größte in Österreich. Das nächst größte Bundesland (NÖ) hat "nur" 56 Landtagsabgeordnete. Wir JUNOS fordern daher, dass auch die Zahl der Abgeordneten in Wien deutlich reduziert wird.
Außerdem sollen die nicht amtsführenden Stadträte ausnahmslos abgeschafft werden.

**Keine Politik mit Inseraten:** Die Anzahl der von der Stadt Wien beauftragten Inserate sollte drastisch zurückgefahren werden. Verbleibende Inserate sollen nach transparenten und nachvollziehbaren Regeln vergeben und nur bei tatsächlichem Werbebedarf geschaltet werden.

## Wien als smarte Stadt

**Verpflichtendes zweites Kindergartenjahr mit Ganztagesoption:** Wir fordern ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr, um insbesondere die sprachliche Entwicklung von Kindern zu fördern. Sollten bei einem Kind zum Start des Kindergartens mit vier Jahren bereits massive Sprach- und Entwicklungsrückstände festgestellt werden, ist dieses Kind ganztägig im Kindergarten zu betreuen und zu fördern. Damit einhergehend fordern wir die Aufstockung der Betreuer:innen in Wiener Kindergärten, um der hohen Nachfrage nach Betreuungsplätzen besser gerecht werden zu können.

**Große Altersunterschiede in Klassen der Sekundarstufe vermeiden:** Es ist pädagogisch nicht sinnvoll, 16-Jährige und 13-Jährige innerhalb einer Klasse zusammenzufassen. Während Mehrstufenklassen in Volkschulen ein bewährtes Modell sind, klagen Lehrer:innen an Mittelschulen über Schwierigkeiten, wesentlich ältere Kinder in den Rest der Klasse zu integrieren [5]. Wir fordern, dass

Klassen in der Sekundarstufe (Mittelschule, Gymnasium) altershomogen aufgestellt werden, und eigene Klassen für Schüler:innen eingerichtet werden, die 2 Jahre und mehr über dem Regelalter einer Schulstufe liegen.

**Keine erzwungene Verteilung von Schüler:innen:** Wir sprechen uns klar gegen eine erzwungene Verteilung von Schüler:innen auf Wiens Schulen aus. **Schüler:innen sind zu jedem Zeitpunkt als Individuen unabhängig ihrer Herkunft zu sehen, und dürfen unter keinen Umständen auf Basis der Herkunft Schulen zugewiesen werden.** Weiters bezweifeln wir, dass eine erzwungene Verteilung zu einer stärkeren Durchmischung von Kindern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund führen würde, auch da in diesem Fall mehr Eltern ihre Kinder in Privatschulen schicken würden,. Eltern soll es daher freistehen, ihre Kinder in der ihrer Ansicht nach bestgeeigneten Schule anzumelden.**Sollte eine Schule mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze erhalten, so soll es ihr erlaubt sein, die Entscheidung der Aufnahme über selbst festgelegte Aufnahmekriterien und Aufnahmetests zu gestalten.**

**Extremismusprävention:** Als Liberale schätzen wir die Vielfalt in unserer Gesellschaft, kulturell wie religiös. Zugleich lehnen wir aber radikale religiöse Einflüsse entschieden ab. Wir fordern Aufklärungsworkshops zu Radikalisierung durch Role Models in Schulen, um Radikalisierung präventiv entgegenzuwirken.

**Kinder für eine digitale Zukunft rüsten:** Kinder müssen so früh wie möglich für die Chancen und Risiken digitaler Technologien sensibilisiert werden. Wir fordern daher zusätzliche Seminare an primären und sekundären Bildungseinrichtungen, die Kindern und Jugendlichen spielerisch den Umgang mit diesen Technologien vermitteln.

**Handyverbot an Wiener Schulen in Kombination mit Schulungen:** Ein alleiniges Handyverbot erachten wir als nicht ausreichend. Wir fordern zusätzlich gezielte Schulungen zu digitaler Sicherheit und den rechtlichen Konsequenzen von Straftaten im Internet. So sollen Jugendliche nicht nur vor den Ablenkungen und negativen Einflüssen sozialer Medien im Schulalltag geschützt, sondern auch für die Risiken von Cyberkriminalität, Mobbing und digitaler Radikalisierung sensibilisiert werden. Schüler:innen müssen ihre Rechte klar verständlich vermittelt bekommen, und es braucht leicht zugängliche Anlaufstellen, die bei Cybermobbing Unterstützung bieten.

**Unternehmerführerschein an allen Schulen:** Wien braucht junge Unternehmer:innen, die die Zukunft der Wiener Wirtschaft mit Begeisterung gestalten können. Um wirtschaftliches Denken schon früh zu verankern, fordern wir, dass alle Schüler:innen in Wien die Möglichkeit haben, einen Unternehmerführerschein zu

absolvieren.

**Aufklärung über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten:** Es muss bereits in der Unterstufe darauf gesetzt werden, dass Schüler:innen die bestmöglichen Informationen über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten erhalten. Das gilt insbesondere für Lehrberufe, die immer noch gesellschaftlich unterbewertet werden.

**Mehr psychologische Unterstützung für Schüler:innen:** Wir fordern eine Steigerung der Zeit, die Schulpsycholog:innen an den einzelnen Schulen verfügbar sind. Des Weiteren fordern wir die Förderung von Workshops und Initiativen wie den „Mental Health Days“ um Aufmerksamkeit, Prävention und Sensibilisierung an Wiens Schulen zu bringen.

## Wien als sichere Stadt

**Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe (MA11):** Wir halten es für alternativlos, die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe in derzeitiger Höhe oder darüber hinaus aufrechtzuerhalten bzw. zu erhöhen, um deren Arbeit und Erfolge zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel sollen der Aufstockung von Streetworker:innen und Orientierungshelfer:innen, dem Ausbau von Jugendzentren und effektiven Drogenworkshops zugutekommen.

**Aufstockung der Wiener Jugendzentren:** Wir sehen die Rolle von Jugendzentren in der Prävention von Jugendkriminalität als essenziell. Hier können Kinder und Jugendliche ihre Freizeit sinnstiftend verbringen und zur Gestaltung ihrer Zukunft animiert werden. Aus diesem Grund fordern wir eine Aufstockung von Jugendzentren.

**Getrennte Unterbringung von Jugendlichen in Heimen nach Deliktsfähigkeit:** Um die Anstiftung von deliktunfähigen (unmündigen) Jugendlichen zu vermeiden, schlagen wir eine häusliche Trennung bei der Unterbringung in betreuten Wohngemeinschaften von deliktfähigen und deliktunfähigen Personen vor.

**Einführung von faktenbasierten Drogenworkshops an allen Wiener Schulen:** Implementierung eines Workshops, der auf die Aufklärung über Drogenkonsum aus einer realistischen Perspektive abzielt, sowie Risiken und Konsequenzen objektiv darstellt. In diesem Kontext sollte auch über Beschaffungsprostitution im Zusammenhang mit Drogenhandel aufgeklärt werden.

**Erweiterung von Frauenhäusern für junge Frauen:** Derzeit gibt es in Wien nur ein einziges Frauenhaus für junge Frauen im Alter von 16 bis 25 Jahren [6]. Wir fordern einen Ausbau dieser spezialisierten Frauenhäuser für junge Frauen, um sichere Zufluchtsorte zu bieten.

**Einführung einer Notruf-App für mehr Sicherheit:** Wir fordern die Einführung einer Notruf-App, inspiriert von der Funktionalität der App „SafeNow“. Diese App bietet in unsicheren Situationen eine einfache Möglichkeit, sofortige Hilfe zu alarmieren: Durch das Drücken und Halten eines Buttons wird der/die Nutzer:in in einen „Aufmerksamkeitsmodus“ versetzt. Sobald der Button losgelassen wird, erhalten ausgewählte Personen umgehend einen Alarm, um rasch Unterstützung leisten zu können.

**Erhöhung der Anzahl an Streetworker:innen & Sicherheitskräfte an öffentlichen Verkehrsknotenpunkten:** Wir fordern eine Aufstockung von Streetworker:innen, um verstärkt direkt in den Straßen und Stadtteilen präsent zu sein und Hilfestellung zu bieten. Zudem fordern wir eine stärkere Präsenz uniformierter Sicherheitskräfte und eine höhere Anzahl an Polizist:innen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, um das subjektive Sicherheitsgefühl junger Frauen zu stärken.

**Einbezug von Anrainer:innen bei Neugestaltung von öffentlichem Raum:** Wir fordern mehr Rücksichtnahme auf betroffene Gruppen bei der Neugestaltung von öffentlichem Raum. Dies betrifft beispielsweise die Verbesserung der Beleuchtung in Bereichen, die häufig als unsicher wahrgenommen werden, um die subjektive Sicherheit vor Ort zu erhöhen. Wir erachten den Einbezug von Anrainer:innen hierbei als essenziell.

**Gezielte Maßnahmen statt Massenüberwachung:** Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum hat in Städten wie London ungeahnte Ausmaße erreicht, die Sicherheit vielerorts aber nur wenig erhöht [7]. Zugleich öffnet ungebremste Videoüberwachung Tür und Tor für staatlichen Missbrauch. Wir fordern, dass dort, wo es die Kompetenzverteilung zulässt, die Stadt Wien auf Präventionsmaßnahmen anstelle von Massenüberwachung setzt.

**Einführung einer digitalen Meldestelle:** Es gibt bereits Vereine, die öffentliche Social-Media-Profile gezielt beobachten und auf Jugendliche zugehen, die sich in Richtung Radikalisierung bewegen oder in extremistische Netzwerke geraten. Um diese Bemühungen zu unterstützen und zu verstärken, fordern wir die Einrichtung einer digitalen Meldestelle, bei der Bürger:innen anonym verdächtige Inhalte oder Fälle melden können. Diese Meldungen sollen gezielt an geschulte Fachkräfte weitergeleitet werden, die sowohl Beratungsangebote für betroffene Jugendliche als auch Maßnahmen gegen die Verbreitung extremistischer Inhalte koordinieren.

Durch enge Zusammenarbeit zwischen dieser Meldestelle und bestehenden Vereinen kann Radikalisierung frühzeitig erkannt und effektiver bekämpft werden – ohne dabei eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung zu riskieren.

**Förderung der Online-Jugendarbeit:** Wir fordern eine Intensivierung der Präsenz und der Aktivitäten, beispielsweise von der MA11 (Amt für Kinder- und Jugendhilfe) auf digitalen Plattformen, insbesondere TikTok und Instagram, um die Jugend gezielt anzusprechen, wo sie aktiv ist.

## Wien als digitale Stadt

**Wien zur E-Sport-Welthauptstadt machen:** E-Sport sind sportliche Wettkämpfe mit Computerspielen, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Die Popularität von Game City, Österreichs größter Computer- und Konsolenspiel-Messe, zeigt, dass E-Sport auch hierzulande angekommen ist. Als E-Sport-Hauptstadt könnte Wien zum Austragungsort der Wettkämpfe werden. Das würde einerseits den Tourismusbetrieben in Wien zugutekommen, andererseits würde sich Wien damit als technologieoffene und moderne Stadt präsentieren.

## Wien als klimafreundliche Stadt

**Zukunftsorientierte Wärme- und Kälteversorgung:** Wir fordern einen Ausbau der Geothermie, die technische Nutzung von Erdwärme, um in Wien eine umweltfreundliche Wärmeversorgung zu gewährleisten. Zugleich werden die Sommer in Wien immer heißer [8]. Wir fordern einen drastischen Ausbau der Fernkälte-Netze in Wien, um Wiener:innen besser vor Hitzewellen zu schützen.

**Vorteile für umweltfreundliches Bauen:** Wir fordern, dass Eigentümer:innen, die ihr Haus renovieren und dadurch energieeffizienter machen, steuerlich begünstigt werden. Insbesondere fordern wir die Abschaffung des Richtmietwertzinses für Vermieter:innen, die ihre Mitwohnungen klimaneutral gestalten.

**Klimafitte Gemeindebauten und öffentliche Gebäude:** Die gezielte Begrünung von Fassaden schafft ein besseres Mikroklima, reduziert die Hitzeentwicklung im städtischen Raum und trägt zur Verbesserung der Luftqualität bei. Außerdem bieten Dächer der Gemeindebauten großes Potenzial für erneuerbare Energiegewinnung. Der flächendeckende Ausbau von Photovoltaikanlagen senkt den $CO_2$-Ausstoß und spart langfristig Energiekosten. Wir fordern daher die

schnellstmögliche Umsetzung dieser klimafreundlichen Maßnahmen für Gemeindebauten und öffentliche Gebäude.

**Grüne Lösungen für den urbanen Alltag:** Straßenbahngleise und öffentliche Flächen sollen verstärkt begrünt werden, um das Stadtklima zu verbessern. Das Schwammstadtprinzip, bei dem Böden so gestaltet werden, dass sie Regenwasser besser aufnehmen und speichern, hilft, Hochwasser vorzubeugen und die Stadt zu kühlen [9]. Bestehende Wassersammelbecken müssen evaluiert und optimiert werden. Wir fordern vermehrte Wasserkühler, helle Bodenbeläge zur Reduktion von Hitzeinseln und eine gezielte Anpassung der Pflanzenwahl an hitzeresistente Arten. Zudem müssen Baumnachpflanzungen konsequent umgesetzt werden. Um die Finanzierung zu erleichtern, sollten Modelle wie Baumpatenschaften oder Crowdfunding geprüft werden.

## Wien als junge Stadt

**Längere Öffnungszeiten für Schanigärten:** Wir fordern, dass Schanigärten mindestens bis Mitternacht geöffnet bleiben, um das Wiener Stadtleben und die Gastrokultur attraktiver und lebendiger zu gestalten.

**Partyzonen im Freien schaffen:** Um jungen Menschen mehr Raum für Freizeit und Feiern zu bieten, sollen ausgewiesene Partyzonen im Freien eingerichtet werden – gut ausgestattet und ohne Anrainerkonflikte. Für diese sollen jeweils Sicherheitskonzepte ausgearbeitet werden, damit v.a. auch junge Frauen diese sorglos besuchen können.

## Wien als soziale Stadt

**Sozialhilfe bedarfsorientiert anpassen:** In Wien wohnen 22% der in Österreich lebenden Bevölkerung, und ca. 72% der mindestsicherungsbeziehenden Bevölkerung [10]. Die Ausgaben der Stadt Wien für die Mindestsicherung betragen mehr als das Doppelte aller anderen Bundesländer zusammen [11]. Dies liegt zu einem großem Teil an der Höhe der Wiener Mindestsicherung und der daraus resultierenden Anziehungskraft für einkommensschwache Personengruppen. Uns ist klar: Sozialhilfe muss weiterhin zur Existenzsicherung bestehen, aber in der Höhe und Art der Unterstützung angepasst werden.

Kinderarmut kann nicht nur Familien von Mindestsicherungsbeziehern, sondern alle

Familien mit geringem Einkommen betreffen. Daher fordern wir eine Ausgliederung aller Kinderbeihilfen aus der Mindestsicherung. Die Auszahlung der Kinderbeihilfen soll sich stattdessen nach den Gesamteinkünften richten, egal ob aus Lohneinkommen oder Mindestsicherung. Im Zuge dieser Ausgliederung ist die Höhe neu zu definieren. Wo möglich sollen diese Beihilfen durch Sachleistungen ersetzt werden.

Wir setzen uns klar dafür ein, dass in jeder Situation ein Anreiz zum Arbeiten bestehen muss. Deshalb darf die Mindestsicherung das Entgelt des niedrigsten Kollektivvertrags bei 30h-Beschäftigung nie übersteigen. Dank der Ausgliederung von Kinderbeträgen aus der Mindestsicherung werden bedürftige Personen und ihre Familien weiterhin bedarfsorientiert unterstützt, wenn sie eine Arbeit gefunden haben.

## Wien als Stadt des Miteinanders

**Einheit statt Ungleichheit:** In Österreich sind Geflüchtete ungleich verteilt: Ende 2022 lebte etwa die Hälfte der syrischen und afghanischen Staatsangehörigen , die nach Österreich gekommen sind, in Wien [12, 13]. Dies stellt besonders das Bildungswesen vor Herausforderungen, da viele geflüchtete Kinder erst Deutsch lernen müssen. Die Mindestsicherung ist Ländersache und daher uneinheitlich geregelt. Auch bei der Grundversorgung kommt es zu länderspezifischen Unterschieden, da einige Bundesländer ihrer Verpflichtung zur Auszahlung nicht nachkommen. Wien sollte sich für eine einheitliche Mindestsicherung einsetzen. Außerdem sollte sich Wien für Sanktionen bei Verstößen gegen die Grundversorgungsvereinbarung stark machen, um eine gerechtere Verteilung und verlässliche Versorgung sicherzustellen.

Als weiteren Schritt, um Wien zu entlasten, sollte eine bundesweite Residenzpflicht für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, solange sie Mindestsicherung beziehen, eingeführt werden. Auch für die Einführung einer solchen Auflage sollte Wien, als hauptbetroffenes Bundesland, eine aktive Rolle einnehmen.

**Wien als attraktives Ziel für Arbeitsmigration stärken:** Um den in vielen Bereichen eklatanten Fachkräftemangel zu reduzieren, muss Wien gezielt Arbeitsmigration fördern und bestehende Hürden abbauen. Ein zentraler Schritt ist die Reform und Beschleunigung der Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen. Eine Überprüfung stellt sicher, dass österreichische Standards gewahrt bleiben. Ein transparentes System mit gespeicherten Studiengängen kann

Verfahren verkürzen und Bürokratie abbauen. Gezielte Umschulungen sollen Fachkräfte rasch auf den österreichischen Arbeitsmarkt vorbereiten, da sich Anerkennungsprozesse aktuell oft über Jahre ziehen und abschreckend wirken.

**Ankunft in Wien – individuelle Integrationsplanung:** Die Ankunft in Wien bringt für viele Neuankömmlinge große Herausforderungen. Orientierungslosigkeit, Sprachbarrieren und fehlendes Wissen über die Gesellschaft erschweren die Integration. Wir fordern daher ein verpflichtendes Integrationsjahr nicht nur für Asylberechtigte, sondern auch für Asylwerber direkt bei ihrer Ankunft, das Sprachkurse, Wertevermittlung und Orientierungshilfen umfasst. Zu Beginn soll der Fokus auf Deutsch-Vollzeitkursen liegen, später auf berufsbegleitenden Integrationsmaßnahmen. Tatsächliche Fortschritte sollen laufen evaluiert werden, es soll nicht zu einem reinen "absitzen" der verpflichtenden Stunden verkommen. Die Absolvierung des Integrationsjahres soll im Asylverfahren berücksichtigt werden.

Zur Effizienzsteigerung soll eine zentrale, digitale Plattform alle Integrationsschritte bündeln – von Behördenwegen bis zur Anmeldung zu Sprachkursen. Assistent:innen und persönliche Coaches bieten individuelle Unterstützung. Außerdem soll die Plattform um Lernmodule und ein Belohnungssystem erweitert werden.

**Jugendarbeit stärken – Integration im Alltag ermöglichen:** Neben der Integration in Schulen muss insbesondere die außerschulische Integration von Kindern und Jugendlichen stärker gefördert werden. Die Stadt Wien soll daher die Jugendarbeit in Jugendzentren und Sportvereinen sowohl finanziell als auch logistisch (bspw. mit der Vermietung von Räumlichkeiten zu günstigen Konditionen) unterstützen. Vereine, die öffentliche Fördermittel erhalten, müssen zuvor eine Demokratieerklärung unterzeichnen. Bei Verstößen gegen diese Erklärung sind sämtliche Förderungen zurückzuzahlen.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene verbringen ihre Freizeit im öffentlichen Raum. Durch ein gezieltes Monitoring der Grätzl kann identifiziert werden, wo ein verstärkter Einsatz von Ressourcen für offene Kinder- und Jugendarbeit notwendig ist – insbesondere in Gegenden, in denen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund aufhalten. Ein zentraler Bestandteil dieser Maßnahmen sind Role Models, die jungen Menschen als positive Vorbilder zur Orientierung dienen. Sie eröffnen neue Perspektiven und begleiten Jugendliche auf ihrem persönlichen und beruflichen Weg. Durch ihre Unterstützung können sie jungen Menschen Mut machen, Chancen zu ergreifen und ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Diese Maßnahmen sollen unter Einbindung von Jugendlichen konzipiert werden.

[1] Schuster, B. (17. May 2022). Neue Marke: “Wiener Gusto” bringt stadteigene

Bio-Produkte auf die Teller. MeinBezirk.at. https://www.meinbezirk.at/wien/c-wirtschaft/wiener-gusto-bringt-stadteigene-bio-produkte-auf-die-teller_a5351857

[2] Reisinger, E. (30. October 2016). Wein und andere Verwirrmethoden. Die Presse. https://www.diepresse.com/5110443/wein-und-andere-verwirrmethoden

[3] WKO. (n.d.). Dienstgeberabgabe der Gemeinde Wien (DGA, U-Bahn Steuer). wko.at. https://www.wko.at/lohnverrechnung/dienstgeberabgabe-wien-dga-u-bahn-steuer

[4] Wiens Beamte gehen früh in Pension. (7. April 2016). DER STANDARD. https://www.derstandard.at/story/2000034326071/wiens-beamte-gehen-frueh-in-pension

[5] Klar, C. (2025). *Was ist los in unseren Schulen?*https://seifertverlag.at/liest/christian-klar-was-ist-los-in-unseren-schulen/?srsltid=AfmBOooYYHv5UTjY_zDmPsSLpG7EtDFVuib5dQZnxY8zp9tBa7299sDs

[6] ORF. (1. März 2023). Eigenes Frauenhaus für junge Frauen. wien.ORF.at. https://wien.orf.at/stories/3196804/

[7] Thurm, F. (26. August 2009). Video-Überwachung: London: Big Brother schaut weg. Der Tagesspiegel Online. https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien-_-ki/london-big-brother-schaut-weg-6801328.html

Zurawski, N. (13. August 2011). Großbritanniens Überwachungssystem ist gescheitert. Die Zeit. https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-08/london-krawalle-kameras

[8] Strobl, A. (31. August 2024). Heißzeit in Österreich: Sommer der Rekorde. Kurier. https://kurier.at/chronik/oesterreich/sommer-bilanz-temperaturen-ubimet-rekorde-2024/402942606

[9] Börner, B. (2024). Schwammstadt – Zukunftskonzept für klimaresiliente und lebenswerte Städte. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/schwammstadt

[10] Stadt Wien. (2024). Wiener Mindestsicherung 2023. https://www.wien.gv.at/spezial/mindestsicherung/finanzen/ausgaben-der-wiener-mindestsicherung/

[11] Mindestsicherung und Sozialhilfe. (2024). STATISTIK AUSTRIA.

https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/mindestsicherung-und-sozialhilfe

[12] ORF. (10. Dezember 2024). Syrer in Wien hoffen und bangen. wien.ORF.at. https://wien.orf.at/stories/3284809/

[13] ÖIF. (2022). Afghanische Bevölkerung in Österreich. Österreichischer Integrationsfonds. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_Factsheet_Afghanista-n.pdf